

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) (Plenarsitzung vom 02.12.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Becker. – Nun spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Finanzagenda 2010 vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich in Nordrhein-Westfalen und auch die soziale Benachteiligung. Mittlerweile haben wir dramatische Zustände in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wenn man sich die Situation genauer ansieht, kann man nur feststellen: Sie ist mehr als miserabel. Weil immer gesagt wird, was die Opposition sage, sei alles Unsinn – das ist der ständige Spruch der Landesregierung –, zitiere ich einmal einige Medien und andere Quellen. So hieß es beispielsweise in der WAZ:

Für die Städte in Nordrhein-Westfalen wird es mit Schwarz-Gelb dramatisch. Zu den Verlierern werden vor allem finanzschwache Kommunen und das Ruhrgebiet gehören.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schreibt in einer Pressemitteilung vom 27. Oktober:

Wie im Wahlprogramm insbesondere von der FDP angekündigt, setzt die Koalition auf steuerliche Entlastungen und hofft, dadurch den Weg zu mehr Wirtschaftswachstum zu finden. Wenn alle angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden, würde dies zu einem Entlastungsvolumen von jährlich 24 Milliarden € führen. Dies würde allein bei den Kommunen mit einem Einnahmeverlust von jährlich 3,6 Milliarden € zu Buche schlagen.

Das ist die Situation.

Ich zitiere auch noch aus der Anhörung, die wir zum Landeshaushalt durchgeführt hatten. Herr Andreas Wohland vom Städte- und Gemeindebund sagte zur Haushaltssituation:

Diese Zahlen belegen eine dramatische Verschlechterung im Jahresverlauf. Seit der letzten Haushaltsumfrage, die wir im Februar/März dieses Jahres gemacht haben, sind bis heute dramatische Einbrüche zu verzeichnen. Nur noch 35 unserer 360 Mitgliedskommunen melden einen strukturell ausgeglichen Haushalt für 2009. Das sind also weniger als 10 %. Insofern ist

das Bild deckungsgleich mit dem Ergebnis der Haushaltsumfrage des Städtetages.

Diese Situation finden wir vor. Zwar haben Sie die höchsten Steuereinnahmen in den letzten Jahren erzielt, aber die mieseste Lage in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu verantworten.

Wenn wir uns die Situation im Einzelnen anschauen, dann muss ich feststellen, dass in NRW allein im Jahr 2010 durch die CDU/FDP-Bundespolitik zusätzlich weit über 1 Milliarde € fehlen werden und nicht nur 885 Millionen €, wie Ministerpräsident Rüttgers und sein Finanzminister Linssen behaupten. Wir brauchen endlich einen vollständigen Kurswechsel, wir brauchen vor allem eine andere Bundessteuerepolitik sowie natürlich eine andere Politik für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Städte und Gemeinden in NRW beklagen jetzt schon allein bei den Kassenkrediten eine Verschuldung in Höhe von weit über 16 Milliarden €, die rasch weiter steigt.

Der in Berlin verabschiedete Koalitionsvertrag setzt die Umverteilung von unten nach oben fort; denn vor allem besser Verdienende erhalten Steuergeschenke und werden entlastet. Die Städte und Gemeinden in NRW werden soziale und kulturelle Leistungen kürzen müssen. Das ist das Fazit Ihrer Politik. Auf der anderen Seite werden Arbeitgeber bei der Gesundheitsreform aus der Verantwortung entlassen. Wenn man sich das real anschaut, so heißt das: Wir haben eine eiskalte und zynische Politik von CDU und FDP, die momentan noch verschleiert wird und erst nach der Landtagswahl am 9. Mai nächsten Jahres voll zum Tragen kommen wird. Hier wird jetzt schon ein Wahlbetrug und die systematische Wählerinnen- und Wählertäuschung vorbereitet.

Wir können nur feststellen, dass diese dramatische Schuldenpolitik immer mehr die sozialen Grundlagen entzieht. Die Schuldenlast des Landes steigt dramatisch weiter. Mit dem, was Sie hier beschlossen haben und beschließen werden, wird sie auf 130 Milliarden € steigen bei einem Schuldendienst von jährlich 5 Milliarden €. Zudem will die tolle FDP auch noch die Gewerbesteuer ganz beseitigen. Das ist das, was Sie an neuer Haushaltspolitik anbieten.

Ich kann nur sagen: Ihre Finanzagenda ist brutal gegen NRW, gegen seine Bürgerinnen und Bürger. Es wird in der Konsequenz so sein, dass vor allem diejenigen, die zu den Geringverdienern gehören, sich wie ALG-II-Empfänger und andere am unteren Einkommensrand bewegen und mit Ersatzleistungen über Wasser gehalten werden, die brutale Politik, die Sie gegen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen machen, zu bezahlen haben werden. Das ist die Politik, die Sie machen.

Ich kann nur sagen: Mit uns nicht. Die Linke hat ganz andere Vorstellungen und Vorschläge. Wir haben ein Wahlprogramm verabschiedet, in dem wir sehr deutlich machen, dass wir eine andere Politik für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen machen wollen. Wir müssen die Schuldenlasten der Kommunen endlich wegbekommen; denn dauerhaft ist es keine Perspektive für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, wenn Kommunen demnächst völlig pleite sein werden. Wir brauchen

endlich eine andere Politik. Dafür haben wir als Linke konkrete Vorschläge gemacht. Sie setzten Ihre Politik aber fort und machen eine Politik der sozialen Verwerfung, eine kalte und zynische Politik gegen die Schlechtergestellten in unserem Land.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Für die Landeregierung spricht nun Herr Innenminister Dr. Wolf.